Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Koeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Nr. 766.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 1. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 31. Oktober. Der bisherige Kreis-Bauinspektor Lücke in Kirchhain ist mit dem Amtscharakter als Bauinspektor nach Wiesbaden versetzt und demselben eine technische Hilfsarbeiterstelle bei der dortigen königlichen Regierung verliehen worden. Ernannt sind: der Berg-Assessor und bisherige Berginspektor Pfeiffer unter Beilegung des Charakters als Bergmeister zum Bergrevierbeamten in Königshütte O.-S. und der Chemiker Dr. Schondorff zum Gas-Inspektor der Grube Heinitz bei Saarbrücken.

Der praktische Arzt Dr. med. Dütschke zu Oelsburg ist zum Kreis-Physikus des Kreises Aurich, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aurich, ernannt worden. Dem Zweiten Dirigenten des königlichen Dom-Chors in Berlin, Musikdirektor Janke, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 31. Oktober, 12 Uhr.

Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn-Gültz: Alle Redner haben die sehr erhebliche Steigerung der Ausgaben im Etat als etwas Bedauernswerthes hingestellt und auch seitens der verbündeten Regierungen wird die Steigerung der Ausgaben an sich als etwas Wünschenswerthes nicht angesehen werden können und es wird Aufgabe der Spezialberathung in der zweiten Lesung sein, die Nothwendigkeit der neuen Forderungen zu begründen. Dagegen halte ich es jetzt schon für nöthig, einzugehen auf die Bedenken, die erhoben sind in Bezug auf die Einnahmen des Reiches. Die Zuckersteuer ist angegriffen worden und es ist erklärt, daß sie so, wie sie heute bestehe, wenigstens soweit sie vom Material erhoben wird, ein Spott von einer Steuer sei, und es erscheine geboten, diese Art der Besteuerung der Zuckerproduktion aufzuheben. Die verbündeten Regierungen haben ja aber die vorbereitenden Schritte dazu gethan. Deutschland hat sich an den Vorverhandlungen zwischen den hauptsächlich Zucker produzirenden Ländern betheiligt. Eine Konvention ist vorläufig zum Abschluß gekommen. Die Ratifizirung steht noch aus und erst mit dem August nächsten Jahres ist der Zeitraum verflossen, innerhalb dessen die Ratifizirung vorbehalten war, und es wird also frühestens in zwei Jahren die Neuregelung ins Leben treten können. Danach ist also der gegenwärtige Augenblick nicht der geeignete, an dem System der jetzigen Zuckerbesteuerung etwas zu ändern.

Die Branntweinsteuer ist unter schwierigen Verhältnissen nach eingehender Erörterung ins Leben getreten. Nachdem wir so viele vorher nicht zu übersehende Schwierigkeiten haben überwinden müssen, ist jedenfalls augenblicklich nicht der Zeitpunkt gekommen, an dieser Steuer etwas zu ändern. Gegen die Zölle bin ich allerdings früher gewesen, und ich schäme mich meiner früheren Rede bei der Berathung des ersten Zolltarifs auch heute nicht. Ich habe von dem Standpunkt der industrielosen Küstenprovinzen damals auszuführen versucht, daß eine Schutzzollpolitik wesentlich den Industrien im Inland, weniger den Küstenprovinzen zu Gute kommen würde, und habe damals die Gründe, welche gegen die Kornzölle angeführt werden können, zusammengefaßt. Weiter aber habe ich argumentirt, daß die Kornzölle an und für sich nicht wünschenswerth seien, kommen wir aber zu einem Schutzzollsystem, daß man nicht allein die Industrie schützen, sondern auch der Landwirthschaft diesen Schutz zuwende und Kornzölle einführe. Dem entsprechend habe ich, nachdem der Baumwollenzoll angenommen war, für die Getreidezölle gestimmt. Ich habe, obwohl ich damals Bedenken hatte, dennoch mit der Mehrzahl meiner Freunde für den Zolltarif gestimmt, weil es unmöglich war, ohne Einführung dieses Systems die Finanzzölle zu erhalten, die wir zur Sicherung der Reichsfinanzen für nothwendig halten. (Zustimmung rechts.) Damals habe ich ausgeführt, daß der Schutz der nationalen Arbeit ein Ziel sei, welches sich mit Rücksicht auf die menschliche Unvollkommenheit nur schwer erreichen lasse. Ich habe mich aber überzeugt, daß bei unserer Zollpolitik dieser Schutz der nationalen Arbeit in der That der springende Punkt ist, von welchem jede Einzelfrage zur Entscheidung gelangt und daß die damals von mir gehegte Befürchtung der Unmöglichkeit einer annähernd gerechten Durchführung dieses Systems nicht existirt. Hätten wir die Zoll-Einnahmen entbehren können? Wollen die Herren, welche jetzt den Tarif angreifen, im Ernst behaupten, daß die Reichseinkommensteuer, abgesehen von den verfassungsmäßigen Schwierigkeiten, in Verbindung mit einer Reform der Zuckersteuer genügen würde, um allein die Bedürfnisse des Reichs zu befriedigen? (Zustimmung rechts.) Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich mich einmal mit den Daten irre, ich habe in der Presse abfällige Bemerkungen bei der Kritik meiner einleitenden Worte gefunden. Ich habe mich aber seit 1879 auf Grund der vorliegenden Daten überzeugen müssen, daß auf Grund des Schutzzollsystems die Verhältnisse im Ganzen gedeihen und aufblühen, und ich habe nicht die Neigung, aus prinzipieller Vorliebe für den Freihandel, die ich nicht habe, das jetzige Schutzzollsystem zu verwerfen; sonst würde ich mein Amt gar nicht haben übernehmen können.

Auch die Herren links wollen im Ernst in diesem Augenblick eine Rückkehr zum Freihandel nicht. Es wird ihnen nicht in den Sinn kommen, zu fordern, daß im Jahre 1889 oder 1890 oder 1891 Deutschland einseitig vom Schutzzoll zurücktreten soll, nachdem auf Grund der Politik seit zehn Jahren im ganzen Vaterland eine Reihe von neuen Verhältnissen sich ausgebildet hat, nachdem die Mehrzahl der produzirenden Staaten sich mit immer höheren Schutzzöllen gegen uns abschließt. Wenn wir aber gezwungen sind, unsere Schutzzollpolitik beizubehalten, so müssen wir die Kornzölle vor Allem aufrecht erhalten, denn sie sind bestimmt, denjenigen Berufszweig zu schützen, der den größten Theil unserer Bevölkerung ernährt. Wie haben denn die Kornzölle gewirkt? Bis zu ihrer letzten Erhöhung haben sie als Schutzzoll überhaupt nicht gewirkt, sondern nur als Finanzzoll. Sie haben erst seit der letzten Erhöhung dem Zweck des Schutzes unserer heimischen Produktion gedient. Es mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein, daß wir auf ausländischen Import angewiesen bleiben, aber die Mahnung liegt doch in den Kornzöllen, einmal zu fragen, ob denn alles Land, was Körner tragen kann, bereits überhaupt für landwirthschaftliche Zwecke dienstbar gemacht ist. Sodann ist das ganze System der Ueberweisungen und der Matrikularbeiträge als vollständiger Nonsens hingestellt worden.

Die Klausel Franckenstein hat ja für die Verwaltung eine gewisse Unbequemlichkeit, aber mehr als eine Unbequemlichkeit ist es nicht. Das Reich ist nicht ein von den Einzelstaaten abgelöstes Gemeinwesen, sein Etat und die Etats der Einzelstaaten sind vielmehr so eng mit einander verwachsen, wie es der geschichtlichen Entwickelung unserer Verhältnisse entspricht, und nur dadurch ist es möglich geworden, daß das Deutsche Reich schon nach so kurzer Zeit so fest im Bewußtsein des deutschen Volkes eingewurzelt ist. Im Januar hat der preußische Finanzminister dem Abgeordnetenhause dargelegt, daß Preußen vom Reiche jetzt jährlich 81 Millionen mehr an Ueberweisungen erhalte als früher, und daß nur durch diese Ueberweisungen Preußen 78 Millionen zur Erleichterung seiner Steuerzahler hat verwenden können. Was durch diese Verbindung der Finanzen der Einzelstaaten mit den Finanzen des Reiches für Preußen sich als Segen erwiesen hat, das gilt in gleicher Weise auch von den anderen Staaten, von Bayern und Württemberg. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter (dfr.): Ich möchte eine kleine Nachlese halten insbesondere zur gestrigen Diskussion. Was das neue französische Wehrgesetz angeht, so bin ich nicht der Meinung, daß wir bisher weniger Menschen zum Militärdienst ausgebildet haben, als Frankreich. Indessen, diese Frage hat für den Reichstag sehr an Bedeutung verloren, seitdem der Reichskanzler in seiner berühmten großen Rede selber ausgeführt hat, daß die Nachbarstaaten, wenn sie in der Ziffer auch so hoch sein können als Deutschland, sie es in der Qualität doch nicht nachmachen können. Das war dieselbe Rede, in welcher der Reichskanzler ausgesprochen hat: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt. Jetzt scheint es fast, als ob das Selbstbewußtsein, welches aus diesen Worten sprach und welches damals so großen Anklang fand bei einem Theil der Reichstagsmitglieder verschwunden ist (Oho! rechts) und sich dahin modifizirt: Wir fürchten Gott und fürchten eben so sehr jeden Abstrich an einer Forderung für den Militäretat (Oho! rechts). Was hat sich denn seit zwei Jahren in der europäischen Lage derart geändert, daß man glaubt, den Militäretat mit der allgemeinen Versicherung behandeln zu müssen, als ob die Wehrkraft des Landes bei der Verminderung jeder einzelnen neuen Position leide. Das neue französische Militärgesetz ist ja bereits als Voraussetzung des Septennats berücksichtigt worden. Man kann doch nicht dieselbe Sache zweimal in Berechnung stellen, um so weniger, als das publizirte Gesetz in seinen Forderungen zurückbleibt hinter dem, was im ersten Entwurf enthalten war. Wenn das Septennat nicht bewilligt worden wäre, sondern nur eine dreijährige Bewilligung stattgefunden hätte, so würde man jetzt in der Lage sein, zu prüfen, ob die Voraussetzungen in jenem französischen Gesetz, auf Grund deren die Bewilligung erfolgt ist, zutreffen, und wenn das nicht der Fall ist, ob eine entsprechende Aenderung der deutschen Verhältnisse angebracht sei. Diejenigen, welche das neue französische Heergesetz als besonders imponirend darstellen, bringen, ohne sich dessen bewußt zu sein, eine Würdigung gerade derjenigen Prinzipien, welche die freisinnige Partei in Militärfragen bisher vertreten hat. Unser Programm lautet in Militärfragen: volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht und möglichste Abkürzung der Dienstzeit, Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode. In Frankreich schickt man sich an, die allgemeine Dienstpflicht vollständig durchzuführen, allerdings bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit. Schon über 50 000 Mann werden nach dem neulichen Artikel des „Militär-Wochenblattes" von vornherein eingestellt mit dem Recht, nach einem Jahre entlassen zu werden und weiter ist es gerade die Rücksicht auf den Haushalt, welcher die französische Kammer bestimmt hat, die Forderung in das Gesetz zu schreiben, alljährlich durch Budget die Friedenspräsenzstärke zu normiren, und zwar derart, daß die Kammer das Recht hat, durch budgetmäßigen Beschluß für alle Mannschaften des Jahrgangs die Dienstzeit auf ein Jahr zu beschränken. So weit sind wir nie gegangen, aber wenn man es so dargestellt hat, als ob die dreijährige Festsetzung so viel bedeutet, als Deutschland den Franzosen gegenüber zu schädigen, so beweist gerade die Bedeutung, welche man dem französischen Wehrgesetz beimißt, daß diese Auffassung eine völlig irrige ist. Wenn die französische Wehrkraft durch dieses Gesetz wirklich erhöht ist, so waren alle die Ausführungen, die wir bei dem Septennate machten, nicht nur verträglich mit der deutschen Wehrkraft, sondern geeignet, diese Wehrkraft zu steigern. (Sehr wahr! links.)

Bei den Berathungen des Septennatsgesetzes sind immer die finanziellen Rücksichten hervorgehoben worden, denen die Militärverwaltung nachkomme, indem sie nicht die Konsequenzen ziehe für die Vermehrung der Kadres und der Stäbe. Die Enthaltsamkeit in der Vermehrung der Stäbe war, wenn nicht formell, so doch thatsächlich eine Voraussetzung der Septennatsbewilligung. Jetzt, nachdem das Septennat feststeht und wir nicht mehr in der Lage sind, daran während sieben Jahren etwas zu ändern, werden diese Voraussetzungen bei Seite geschoben, die finanziellen Rücksichten außer Acht gelassen und die Vermehrung der Stäbe, deren man sich damals enthalten hat, tritt jetzt ein. Der Kriegsminister wird nicht in Abrede stellen, daß für den Kriegsfall jene Korpsstäbe auch längst vorgesehen sind. Wenn das richtig ist, wenn die Stellen, die im Kriege erforderlich werden, schon jetzt im Frieden besetzt werden, dann hat man um so mehr Ursache, zu prüfen, ob für diese Stelle, die im Heere nur für den Frieden vorhanden sind, deren Inhaber im Kriegsfall jene Kriegsstellen besetzen, dieselben Rücksichten in der Aufrechterhaltung maßgebend sein können, wie früher. Ich erkenne an, daß die Militär-Verwaltung selbst einige solcher Stellen als im Frieden künftig wegfallend bezeichnet hat, die Gouverneure, Kommandanten, Inspekteure. Es sind das Stellen, die wir früher schon bemängelt haben. Diese finanzielle Rücksicht wiegt nicht entfernt auf die Mehrkosten, die Vermehrung der Stäbe durch die beiden neuen Armeekorps, so daß es um so mehr gerechtfertigt erscheint, eingehend zu prüfen, ob nicht andere Stellen vorhanden sind, deren Funktionen im Moment des Kriegsausbruches wegfallen.

Herr v. Bennigsen hat gemeint, daß im vorigen Jahre das Haus sich verpflichtet habe, auf Grund des vorigen Etats eine Erweiterung der Marine zu bewilligen, daß erheblich Neues in diesem Etat nicht erscheine. Daß dies nicht zutrifft, ist bereits betont. Ueber diesen Plan hat das Haus überhaupt gar kein Votum abgegeben, sondern sich nur verpflichtet zum Fortbau derjenigen Schiffe, für welche erste Raten bewilligt worden. Wir haben uns zu weiter nichts verpflichtet, als ein Panzerschiff zu bauen, wofür wir eine Rate bewilligt hatten. Wir haben Bauten bewilligt zum Ersatz von Schiffen, ohne aber damit ein Engagement zu übernehmen für Vermehrung der Flotte. Aus diesem Grunde haben wir es auch unterlassen, für weitere erste Raten zu stimmen. Nun fragt es sich aber, ob wir jetzt so weit gehen sollen, wiederum für neue Panzerfahrzeuge erste Raten zu bewilligen. In dieser Session kommt die Frage zur Entscheidung, ob man Kreuzer, Korvettenschiffe, die wesentlich bestimmt sind, für den sekundären Zweck der Kaperei im Kriege, bewilligen soll, und ob dieser sekundäre Zweck im Verhältniß steht zu den großen Geldaufwendungen, die ein jedes dieser Schiffe mit 5½ Millionen erfordert. Es fragt sich weiter, ob man die koloniale Politik in der jetzigen Ausdehnung stützen will oder nicht. Wer das nicht will, kann sich auf Weiterbewilligungen von solchen Kreuzern nicht einlassen. Auch Diejenigen, welche im vorigen Jahre sich zu weitergehenden Bewilligungen veranlaßt gesehen haben, hätten Ursache zu erwägen, ob es richtig ist, sich noch weiter auf diesen Plan einzulassen. Sie sehen doch schon, daß bei den Kreuzern und Avisos jetzt schon die Kostenanschläge von damals überschritten sind. Wir erfahren, daß jetzt in Folge der seitdem gestiegenen Eisenpreise die Ansätze um 25 Prozent höher sind. Die Preise sind aber nicht blos für den Bedarf der kleineren Schiffe gestiegen, sondern erst recht für Panzerschiffe und es fragt sich, ob die Anschläge werden aufrecht erhalten werden können. Nun ist jetzt so viel die Rede von dem rauchschwachen Pulver. Wie verhält sich dessen Wirkung zur artilleristischen Wirkung der Flotte? Wir haben im „Militär-Wochenblatt" gelesen, daß die Bedeutung der Feldartillerie, für welche im vorigen Jahre erhebliche Bewilligungen stattgefunden haben, in Folge der Einführung des neuen Pulvers erheblich verrückt ist. Ich erblicke in diesem ganzen neuen Gründungsplan ein Verlassen des bisherigen Zustandes. Wir haben niemals auch nur den Verdacht aufkommen lassen einer feindseligen Stellung zur Flotte. Wir haben deren Existenz als eine Nothwendigkeit bezeichnet in Zeiten, wo die Bedeutung derselben sehr angezweifelt wurde und wo wir vom Reichskanzler und der Rechten wegen der Bewilligungen für die Marine angegriffen wurden. Wir haben uns aber niemals verhehlt, daß die Flotte im Rahmen der gesammten Wehrlast immer nur eine sekundäre und untergeordnete Bedeutung haben könnte. Noch vor zwei Jahren hat Herr v. Caprivi versichert, daß mit 8 Millionen Mark für Schiffsbauten jährlich die Flotte auf der Höhe aller Anforderungen für jetzt erhalten bleibt. Jetzt wird mehr als das Fünffache für Schiffsbauten verlangt. Das deutet auf eine völlig veränderte Situation. Ich habe den Eindruck, als ob jetzt eine ganz einseitige und subjektive Marineliebhaberei maßgebend ist, und diese Anschauung können wir nicht theilen. (Sehr richtig! links.) Charakteristisch dafür ist jenes neue Schiff, von dem in dem vorgelegten Plane noch gar nicht die Rede war, und welches jetzt plötzlich als dringendes Bedürfniß hingestellt wird. Charakteristisch ist dafür auch die Forderung von 4½ Millionen für eine neue kaiserliche Yacht, die für den Kriegsfall verhältnißmäßig gar keinen Werth hat und wesentlich nur zu Flottenparaden dient, aber wohl nur deshalb so kostspielig sein muß, um die Herren Landoffiziere aufzunehmen, damit auch sie an den Flottenparaden Theil nehmen können. Wenn man meint, daß ein solches Prunkschiff — denn anders kann ich es nicht nennen — erforderlich ist, dann möge man die Mittel dazu aus der Krondotation hernehmen, die erst in diesem Jahre um 3½ Millionen erhöht worden ist; aber für solche Aufwendungen auf Kosten der Steuerzahler wesentlich nur zu Zwecken der Repräsentation können wir die finanzpolitische Verantwortung nicht übernehmen. Wir stimmen nicht dem Kaiser zu Liebe noch zu Leide, sondern nach unserer Ueberzeugung.

Die Ausdehnung unserer Marine steht im engen Zusammenhang mit unserer Kolonialpolitik. Ja, welche Ansicht vertritt denn eigentlich der Reichskanzler in diesem Augenblick in Kolonialfragen? Das wäre eine schwer zu lösende Preisaufgabe. Am 26. Januar sagte er: Ich bin kein Kolonialmensch von Hause aus; ich habe große Bedenken gehabt und nur der Druck der öffentlichen Meinung hat mich umgestimmt zu kapituliren. Ich war gegen die Gründung der deutschen Kolonien, ich bin nur dem Drucke des Reichstags gefolgt. Es war außerordentlich beweglich, den gewaltigen Reichskanzler so als Sklave der Reichstagsmehrheit zu sehen. Aber am 5. Juni schrieb er an den Missionsinspektor Fabri: Es ist bedauerlich, daß der Reichstag immer noch kühl dasteht und gewissermaßen nur als Gefälligkeit der Regierung gegenüber Bewilligungen ausspricht; die Stimmung im Reichstage steht der Regierung nicht helfend und treibend zur Seite. Das klingt doch ganz anders. Welche Ansicht ist nun die wahre Ansicht des Kanzlers? Früher sagte er, nicht der Bureaukrat, nicht der Geheimrath, nicht der versorgungsberechtigte Unteroffizier ist es, der Kolonien regieren kann, sondern der seefahrende Kaufmann. Aber mit diesem Etat übernimmt der Bureaukrat, der Geheimrath, der Unteroffizier thatsächlich die Regierung in den Kolonien. Im September wurde in der südafrikanischen Gesellschaft ein Bescheid des Reichskanzlers verlesen, daß man mit Aufwendungen militärischer Machtmittel seitens des Reiches gegen die Häuptlinge nicht eintreten könne. Im Oktober aber wird uns ein förmlicher Militäretat für Afrika vorgelegt, auf Grund dessen eine recht erhebliche Wehrausgabe verlangt wird. Aus jenem Brief an Fabri konnte man fast entnehmen, als ob der Reichskanzler den erloschenen Kolonialenthusiasmus hätte entflammen wollen. Aber kein Lüftchen hat sich bewegt. Was wird denn das weitere Schicksal der Unternehmungen in Ostafrika sein? Wir wissen einstweilen nur, daß die Forderungen weit überschritten sind und daß noch neue erhebliche Opfer nöthig sind. Wir bekommen ja freilich ein Siegesbulletin nach dem anderen, aber in Tonking haben die Franzosen im Anfang gesiegt, und trotzdem ist ihre Politik dort eine unglückliche gewesen. Herr Wißmann hat schon 700 Aufständische erschießen und aufhängen lassen, bald steht dieses, bald jenes Dorf in Flammen; seine Truppen ziehen sengend und brennend umher, die Aufständischen desgleichen, das Ganze nennt man in der Sprache der vorigen Thronrede „christliche Kultur und Gesittung nach Afrika tragen." (Sehr gut! links.) Höchstens wird die Ruhe des Kirchhofes dort geschaffen werden. Was aber die Missionsstationen und englische Händler dort etwa an Kultur und Gesittung geschaffen hatten, das wird durch diese Art auf Menschenalter hinaus zerstört. Ich habe mir den Verwaltungsbericht der Ostafrikanischen Gesellschaft durchgelesen: auch nicht ein einziger Tausendmarkschein ist mehr gezeichnet worden als früher. Die Gesellschaft läßt Herrn Wißmann ruhig sich in Afrika herumschlagen und herumstreiten und beschränkt sich darauf, in Sansibar die Zölle zu erheben, während die Ritter des Mittelalters, wenn sie ihre sittlich zweifelhaften Zölle erheben wollten, doch wenigstens von ihren Burgen herunterstiegen und ihre Haut selber zu Markte trugen. (Heiterkeit.) Und

steht es denn mit Herrn Peters? Emin Pascha will gar nicht von ihm befreit sein, und die Sache endet unter dem Fluche der Lächerlichkeit. Die Regierung hat allerdings wenigstens in der letzten Zeit die Sache desavouirt. Nun soll ja künftig eine besondere Verwaltung für Kolonialangelegenheiten eingerichtet werden, die ganz vom Auswärtigen Amte abgesondert werden soll. Ich würde es dem Reichskanzler gar nicht verdenken, wenn er nach den Mißerfolgen der Kolonialpolitik sie etwas weiter von sich abrücken möchte, damit er nicht so sehr eng damit verbunden erscheinen möchte. Aber trotzdem ich kein Anhänger der Zentralisation bin, so halte ich eine Trennung gerade hierfür unmöglich; denn bei den Verwicklungen mit auswärtigen Mächten, welche die Kolonialpolitik mit sich bringt, kann die Kolonialpolitik mit der Bearbeitung der auswärtigen Angelegenheiten gar nicht eng genug verbunden sein, und wenn nicht das außerordentliche Geschick des Reichskanzlers im Einlenken und Zurückziehen in der Kolonialpolitik sich bewährt hätte, so wären wir wohl nicht mit unseren Nasenstübern und blauen Augen davongekommen, die allerdings empfindlich genug waren.

Interessant war mir das Verlangen des Herrn v. Bennigsen nach einem Reichsfinanzminister. Aus den inzwischen veröffentlichten Briefen des Fürsten Bismarck an den Minister v. Bülow wissen wir jetzt, daß 1877/78 der damalige Finanzminister Camphausen sich nur auf 50 Millionen neuer Steuern einlassen wollte, der Kanzler wollte aber mehr. Er verhandelte also mit den Nationalliberalen; bekannt ist die Konferenz des Herrn v. Bennigsen in Varzin um Neujahr 1878. Herr v. Bennigsen stellte aber Bedingungen, unter Anderem auch den Eintritt mehrerer Mitglieder seiner Partei in das Ministerium, der Kanzler gab darauf keine Antwort. Die Sache blieb Monate lang in der Schwebe, bis der Abbruch der Beziehungen in jener Sitzung erfolgte, wo die Rührszene zwischen Camphausen und Bismarck an jenem Bundestische dort erfolgte. Das war die Situation, die der Kanzler so schildert: die Nationalliberalen wollten mit aus der Schüssel essen und darüber konnten wir uns nicht verständigen und sind auseinander gegangen. Dann erfolgte die Reichstagsauflösung mehrere Monate später, amtlich wegen der Ablehnung des Sozialistengesetzes nach dem ersten Attentat. Heute aber lesen wir in der Kanzlerpresse, daß es sich nicht um einen Zug gegen die Sozialisten gehandelt habe, sondern um einen Schachzug gegen die Nationalliberalen und Herrn v. Bennigsen, wegen seiner damals gestellten Bedingungen. Die nationalliberale Partei mit Herrn v. Bennigsen ließ dann eine nach der anderen von den aufgestellten Bedingungen fallen, und sie ließ sich auf eine immer weiter gehende Mehrbewilligung neuer Steuern ein, und ihre letzte Bedingung hat sie 1884 fallen lassen. Auch auf die Theilnahme am Ministerium hat Herr v. Bennigsen verzichtet und hat sich begnügt mit der einem Minister untergeordneten Stellung eines Provinzialchefs. Nun aber erinnert sich Herr von Bennigsen gestern seines alten Programmes. Er nimmt die Forderung eines Reichsfinanzministers wieder auf. Herr von Bennigsen, was wird dazu der Reichskanzler sagen? (Heiterkeit.) Als wir 1885 unsere Fusion abschlossen, ließen wir in unser Programm den Satz einfügen, daß für ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung gesorgt werden müsse durch gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums. Wenige Tage darauf ließ der Reichskanzler feierlich den Bundesrath antreten (Heiterkeit) und eine Erklärung beschließen, die im „Reichsanzeiger“ Jedermann zur Warnung und Nachachtung publizirt wurde (Heiterkeit), welche Erklärung sich außerordentlich scharf gegen diese Forderung unseres Parteiprogramms wendet. Das sei ein Schritt auf der Bahn nach der Parlamentsherrschaft, welche bisher noch jedes Land ins Verderben und Untergang geführt habe. Und dieselbe Forderung stellt nun Herr v. Bennigsen heute auf. Sie schweben in der äußersten Gefahr, für Reichsfeinde erklärt zu werden. Wir sind das ja gewohnt, aber Ihnen passirt das heute zum ersten Male. Aber ich denke, wenn der Reichskanzler die Rede von Bennigsen im Zusammenhange liest, so wird er finden, daß das ein ornamentalischer Schnörkel, eine Verzierung ist, was weiter nichts schadet; das Ganze bleibt doch eine Glorifikation des Kanzlers trotz alledem. Oder aber, stellen Sie doch einen Antrag in diesem Sinne. Wir sind bereit, ihn zu unterstützen und werden gern uns der Führung des Herrn v. Bennigsen unterordnen zur Ausführung unseres Programms. (Heiterkeit.) Immerhin aber ist der Rückfall des Herrn v. Bennigsen in den früheren Nationalliberalismus doch ein Zeichen, daß ihm die heutige Finanzpolitik nicht behagt.

Besonders charakteristisch war weiter in der gestrigen Rede des Herrn v. Bennigsen seine schroffe Abweisung gegen die Ueberweisung an die Einzelstaaten. Es ist genau die Stellung, welche ich immer eingenommen habe, und ich bedauere, daß ihm diese Erkenntniß so spät kommt. Denn nicht das Zentrum ist in erster Linie für diese Ueberweisungen verantwortlich zu machen, sondern als der Reichskanzler die Ueberweisungen in Aussicht genommen hatte, da sind gerade die Nationalliberalen die Ersten gewesen, die sich mit dem Prinzip einverstanden erklärten. Denn das Bedenkliche bei der ganzen Sache liegt im Grunde weniger in der Klausel Franckenstein, als in den Ueberweisungen an die Einzelstaaten überhaupt. Denn damit wird die Verantwortlichkeit der Einzelstaaten hinsichtlich ihrer Finanzgebahrung abgeschwächt. Der Kommunal-Verwaltungskörper verläßt sich auf die Ueberweisungen von den Einzelstaaten. Der Landtag der Einzelstaaten wieder verläßt sich bei der Etatsfestsetzung auf das Reich und dem Reiche bewilligt man neue Steuern in der Hoffnung, daß sie den Einzelstaaten überwiesen werden, — eine Hoffnung, welche sich manchmal nicht erfüllt — und die Folge davon ist, daß überall losgewirthschaftet wird auf eine Steigerung der Ausgaben, die dann wieder zu einer Erhöhung der Einnahmen führen muß. Herrn v. Bennigsen trifft aber die Verantwortlichkeit für diese Zustände mit. Er wollte als Garantie für seine Bewilligungen 1879 die alljährliche Bewilligung des Kaffeezolles und der Salzsteuer verlangen und eine Einigung über diesen Punkt zwischen ihm und dem Kanzler wurde für die Montagssitzung der Kommission erwartet. Ganz unerwartet zog es aber Fürst Bismarck vor, sich inzwischen Sonntags nicht mit Herrn v. Bennigsen und den Nationalliberalen, sondern mit Herrn v. Franckenstein und dem Zentrum zu verständigen. Tags darauf standen wir vor der vollzogenen Thatsache und der Frankensteinschen Klausel. Ist Herr v. Bennigsen gewillt, zu seiner alten Liebe zurückzukehren, zur Einführung des jährlichen Geld- und Steuerbewilligungsrechtes des Reichstages, so ließe sich ja darüber sprechen. Wir stehen auf diesem Standpunkte wie früher und können natürlich nichts gegen eine jährliche Steuerbewilligung des Reichstages anführen.

Herrn v. Bennigsen ist die Situation, in die die Finanzpolitik gerathen ist, offenbar nicht geheuer, er sucht nach Mitschuldigen und ist nun dazu gekommen, die Schuld für die Erhöhung der gesammten Ausgaben uns zuzuweisen. Damit kann er doch nur Eindruck machen bei Jemand, dem die ganze Geschichte des Etats und die ganze Art seiner Feststellung absolut unbekannt ist. Was ist denn das Charakteristische dieser neuen Finanzgeschichte? Doch daß die neuen Steuerbewilligungen immer vorhergegangen sind den Ausgabenerhöhungen, daß man neue Steuern auf Vorrath bewilligt hat, weit mehr als es die Ausgabe-Erhöhungen irgendwie erforderten. Das weiß doch jeder, daß eine Etatsfestsetzung nicht in jedem Jahre die Finanzen des Staates von Grund aus neu ordnen kann. Die Etatsfestsetzung ist weiter nichts, als die Konsequenz aller vorangenommenen Gesetze. Und selbst diejenigen, welche einem Gesetz nicht zugestimmt haben, müssen sich in der Ausführung den Konsequenzen der Gesetze fügen. Sind wir daran Schuld, wenn seit 10 Jahren die Erhebungskosten der Steuern 22 Millionen beanspruchen? Wir haben nie für neue Steuern gestimmt. Die Kornzölle erhöhen die Naturalverpflegung im Jahre um 14 Millionen. Sind wir an dieser Erhöhung des Militäretats schuld, die wir nie für derartige Zölle gestimmt haben? Sollten wir nun etwa die Rationen für Mann und Pferd verringern, nachdem die Vertheuerung in Folge der Gesetze des Reichstages eingetreten ist? Wenn die ganze Zoll- und Steuergesetzgebung darauf ausgeht, den Lebensunterhalt zu vertheuern können wir es ablehnen, die wir nicht mitgemacht haben, Theuerungszulagen zu bewilligen? Wir haben eine große Zahl von Gesetzen, welche die Verwaltungsbefugnisse des Reiches erhöhen, nicht genehmigt, gleichwohl sehen wir uns gezwungen, in der Ausführung dieser Gesetze einer großen Zahl von neuen Beamten zuzustimmen, die in Folge dessen in den Etat eingestellt sind. Neue Steuern, wenn sie einmal bewilligt sind, können nicht durch Budgetbeschluß rückgängig gemacht werden. Was ist die Folge, wenn Steuererlasse in den Einzelstaaten geboten werden? Wir müssen, nachdem einmal die Steuerbelastung eingeführt ist, solchen Steuererlassen zustimmen, um wenigstens einen Theil der Mehrbelastung zu neutralisiren. Wenn Einnahmen von neuen Steuern bewilligt sind, haben wir ein natürliches Interesse daran, diese Gelder, so weit wie irgend möglich, aus der Nähe des Militäretats fortzubringen und an die Einzelstaaten zu verweisen. Wenn die Gelder zu Ausgabeerhöhungen in Preußen verfügbar sind, sollen wir uns sträuben, das für die Schule zu verwenden, wenn wir auch diese Ueberweisungen selbst für unzweckmäßig halten, auf die Gefahr hin, daß diese Gelder für Kirchenbauten bewilligt werden? Die Erhöhung der Einnahmen zwingt zu Konsequenzen in Bezug auf die Verwendung, denen sich auch diejenigen nicht entziehen können, die keinen Theil daran haben. (Sehr richtig! links.) Wo wir wirklich annahmen, daß eine Erhöhung der Ausgaben des Etats nöthig ist, haben wir, wie in dem bekannten Falle der Heeresverstärkung, auch unsererseits die Deckung mit neuen Steuern befürwortet, damals in der Form der Reichseinkommensteuer in der Meinung, daß eine solche neue Steuer nothwendig sei, um jene Kosten zu decken. Diese Annahme hat sich als irrig herausgestellt. Der preußische Staatshaushalt hat nicht mit einem Defizit abgeschlossen, in dem ersten Jahr nach der Heeresverstärkung, sondern mit einem Ueberschuß. Es wäre allerdings möglich gewesen, auch ohne Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht einmal unter Aufhebung aller Ausfuhrprämien diese Militärausgaben zu decken.

Herr v. Bennigsen hat in einem Vergleich die Verwaltung der Stadt Berlin herangezogen. Er weiß wohl, daß die freisinnige Partei nicht souverän ist in der Gestaltung der Steuerverhältnisse Berlins (Widerspruch rechts) und er weiß, daß der Etat festgelegt ist durch Spezialgesetze, die nicht abgeändert werden können ohne Zustimmung des Landtags und der Regierung. Ich will nicht auf die wunderbaren Theorien des Herrn von Bennigsen eingehen, in denen er die Gas- und Wasserleitungs-Einnahmen zu den indirekten Steuern rechnete — ebenso könnte er die Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung im Reich als indirekte Steuern auffassen. (Heiterkeit links.) Ich nehme den Vergleich vollständig auf und ziehe die Schlußfolgerung: Herr v. Bennigsen hat anerkannt, daß die Stadt Berlin voll und ganz ihren kommunalen Verpflichtungen hat nachkommen können, daß Berlin trotz seiner Erweiterung der Bevölkerung und der Kommunalausgaben es fertig gebracht hat, in derselben Zeit, in welcher das Reich seine Steuereinnahmen durch neue Steuern verdoppelt hat, mit den bisherigen Steuern, die vor zehn Jahren bestanden, alle diese Ausgaben durchzuführen. Das ist derjenige Standpunkt, den wir einnehmen, daß man sparsame Wirthschaft führe, daß man nicht neue Steuern verlange, ehe die Ausgaben sich erhöhen, daß man sich nach der Decke strecke. Berlin hat gezeigt, daß es möglich ist, ohne fortgesetzte neue Steuern und Zölle den Anforderungen gerecht zu werden. Deshalb steht die Verwaltung von Berlin als leuchtendes Vorbild, als Muster für alle Reichsfinanzminister und Staatssekretäre der Gegenwart und der Zukunft da, die weiter nichts verstanden haben, als fortgesetzt die Steuern zu vermehren und dennoch ein Defizit zu erzielen.

Herr v. Bennigsen hat einen Tilgungsfonds vorgeschlagen. Das ist aber doch nur ein äußerliches Mittel, so lange eine Reichsverwaltung in der Lage ist, jährlich mit der einen Hand neue Konsols zu verkaufen, mit der andern Hand Konsols zur Tilgung zu kaufen. Das ist ein Beruhigungsmittel für harmlose Leute. (Sehr gut! links.) Herr v. Bennigsen selbst hat an der Spitze gestanden, als wir die veraltete Einrichtung in Preußen wieder aufhoben. Einer wachsenden Vermehrung der Schulden wird dadurch vorgebeugt, daß man in der Prüfung der Ausgaben rigoros ist und keinen Unterschied macht, ob eine Deckung gewonnen wird aus laufenden Mitteln oder andern, daß man nicht eine Prämie darauf setzt, bei der Deckung aus Anleihen weniger Vorsicht zu gebrauchen. Die jetzige Einrichtung des Etats ist weniger verständlich als die frühere und fördert in keiner Weise eine gründliche Finanzzucht.

Herr v. Bennigsen sehnt sich nach einem verantwortlichen Reichsfinanzminister. So lange wir den nicht haben, ist er doch zu einem gewissen Grade als Vorsitzender der Budgetkommission in der Lage, eine strenge Prüfung der einzelnen Positionen vorzunehmen, und alle Ausgaben, die nicht absolut nothwendig, zu streichen. Die Streichung dieser Ausgaben ist das beste und wirksamste Mittel einer soliden Finanzverwaltung. Ich würde die Einnahmen des Etats, die unter der Wirklichkeit veranschlagt sind, nach ihrem wirklichen voraussichtlichen Ergebniß erhöhen. Im Einzelnen kann man streiten. Thatsächlich wird man ernstlich nicht bestreiten, daß die Einnahmeziffern, welche den Einzelstaaten überwiesen sind, um viele Dutzende von Millionen zu niedrig veranschlagt sind: Was soll es heißen, daß die Einnahmen aus den Zöllen noch 4 Millionen hinter der vorjährigen Einnahme zurückbleiben? Den Einzelstaaten wird zugemuthet, mit 24 Millionen weniger Ueberweisungen vorlieb zu nehmen als im Vorjahre? Das ist nicht nöthig, wenn man die Einnahme-Etats richtig behandelt. Ich halte es für möglich und nothwendig, daß in diesem Jahre, und zwar sofort gewisse Steuer- und Zollreformen Platz greifen. Die Rübensteuer ist aufzuheben, ohne erst ein weiteres Ergebniß der Londoner Konvention abzuwarten. (Hört! hört! rechts.) Herr v. Bennigsen selbst setzt nicht die geringste Hoffnung in ein Zustandekommen der Konvention. Die Aufhebung der Exportprämie ist im Interesse unserer deutschen Industrie selbst nothwendig und ein großer Theil der Zucker-Interessenten ist damit völlig einverstanden (Widerspruch rechts), weil in dem Augenblick, wo die Rübensteuer wegfällt, sich der Zuckerpreis um zehn Mark pro Zentner ermäßigt, und daraus folgt eine solche Verstärkung des deutschen Konsums, daß die deutsche Produktion einen Absatz findet, selbst wenn ein Theil des ausländischen Marktes verloren geht. Man darf nicht Dutzende von Millionen an die bestehenden Zuckerfabriken zahlen, die bereits hohe Dividenden haben, um es zu ermöglichen, daß die Engländer billiger den deutschen Zucker essen als wir. Diese Ausfuhrprämienwirthschaft giebt fortwährend Anlaß zu neuen Gründungen, zur Ausdehnung der Etablissements und zu einer Ueberproduktion. Ich würde auch gar kein Bedenken haben, die sogenannte Liebesgabe bei der Branntweinsteuer zu beseitigen, gerade in diesem Zeitpunkte. (Hört! hört! rechts.) Diese 40 Millionen gereichen nicht der Brennerei zum Vortheil, sondern erhöhen den Kaufpreis dieser Güter, und in dem Augenblick, wo ein Gut verkauft oder abgetreten wird, ist der nachfolgende Besitzer in derselben Lage wie bei der vorigen Dotation. Auf diese Weise werden viele Millionen verfügbar, um eine Finanzreform herzhaft in Angriff zu nehmen.

Die Theuerung können Sie nicht abstreiten, Sie mögen sagen, was Sie wollen; sie wird in jedem Hause mitempfunden. Das liegt nicht an einer ungünstigen Ernte wie 1879, sondern ist in der Hauptsache hervorgerufen durch die Finanzwirthschaft. Es ist eine künstliche Theuerung; denn während in Deutschland eine Theuerung herrscht, kauft man im Auslande den deutschen Weizen um nahezu 50 Mark billiger als in Danzig; wo die deutsche Grenze aufhört, ist sofort das Korn billiger als in Deutschland.]

Eigenthümlich ist die Stellung des Herrn v. Bennigsen in Bezug auf die Kornzölle. Auf der einen Seite hat er gesagt, daß er sie im Prinzip nicht billige. Auf der anderen Seite hat er so viele delatorische Einwendungen gemacht und so viele Resolutivbedingungen angehängt, daß seine ganze Rede in eine Befürwortung der Kornzölle herausläuft, besser als es eine agrarische Rede hätte thun können. Herr v. Bennigsen weist die Verantwortlichkeit für die Kornzölle zurück. Dann muß ich daran erinnern, daß in dem Augenblick, als das Schicksal der Kornzölle zweifelhaft war, Herr v. Bennigsen es gewesen ist, der erklärt hat, daß er für den damals vorgeschlagenen, allerdings geringen Kornzoll stimmen werde, und er hat das gethan. Dieses Einschreiten für den Kornzoll ist von entscheidender Wirkung gewesen. Die nächste Folge war ein Antrag auf Verdoppelung der Zölle. Dann hat sich Herr v. Bennigsen allerdings von der übrigen agrarischen Gesellschaft getrennt. Sie haben die Sache helfen in Gang bringen und nun werden die weiteren Konsequenzen ohne Ihre Mithilfe gezogen. Bei solchen Sachen kommt es immer darauf an, wer mithilft, den ersten Schritt zu thun. Nachher kommen die Dinge von selber. So trägt allerdings Herr v. Bennigsen mit die Verantwortlichkeit für den zehnfach erhöhten Betrag der Kornzölle. Das ist ja das Unglück, daß seine Partei sich in dieser Lebensfrage der Kornzölle neutralisirt, daß Diejenigen, die dafür stimmen und die dagegen gesinnt, die Gesammtpartei zum großen Theil neutralisiren. Weiterhin haben Sie das Mögliche gethan, um solche Männer in den Reichstag zu bringen, die nachher für die Kornzölle gestimmt haben. Das ist ja der Inhalt des Kartells, daß Sie eher jedem Konservativen, der für jeden Kornzoll stimmen würde, als einem Freisinnigen Ihre Stimmen geben.

Herr v. Bennigsen meint nun, wir könnten die Agrarzölle nicht aufheben, ohne die Industriezölle. 1887 hat man aber einseitig die Agrarzölle erhöht ohne Erhöhung der Industriezölle. Der Ansicht bin ich allerdings, daß die agrarischen Zölle im Großen und Ganzen nicht aufgehoben werden können, ohne zugleich die Industrie-Schutzzölle wenigstens zu ermäßigen. Wenn Herr v. Bennigsen sagt, wir könnten die Industriezölle nicht aufheben, da wir sonst nicht Material zu Handelsverträgen hätten, so thut er grade so, als ob die Regierung vollauf mit der Revision der Handelsverträge in freihändlerischer Richtung beschäftigt wäre. Mir ist davon nichts bekannt. Weiß Herr v. Bennigsen etwas mehr? In seiner Partei sind die industriellen Schutzzöllner ebenso zahlreich vertreten als die agrarischen Stimmen, und ich glaube kaum, daß aus ihr irgend eine Anregung kommen wird, die Regierung solle zu dem früheren freihändlerischen Programm zurückkehren. Wir können in die industriellen Zölle tüchtige Schnitte machen und sind doch sicher, für Handelsverträge ein reiches Material übrig zu haben. Gerade wegen der gegenwärtigen Lage von Handel und Industrie wünsche ich, einen Anfang zu machen mit der Aufhebung der industriellen Zölle. Der Unternehmungsgeist hat lange darnieder gelegen in Folge der großen Rüstungen; jetzt regt sich derselbe, die Preise steigen, das ist richtig. Nun kommt aber ein Moment hinzu vorübergehender Natur, die außerordentlichen Bestellungen der Eisenbahnverwaltung. Dieses Moment kann sehr gefährlich werden; es kann die Industrie verführen, vorübergehende Konjunkturen für dauernd zu halten. Die Preise im Inland, und das ist gerade die nachtheilige Wirkung der Zollpolitik, können höher emporsteigen ohne Rücksicht auf den Weltmarkt, und den Schwerpunkt auf den Absatz im Lande verlegen. Es ist nicht zu leugnen, daß der Ausfuhrhandel rückgängige Ziffern aufweist. Die letzte Ernte ist allerdings nicht so günstig gewesen, daß sie die Theuerungspolitik der Zölle korrigiren kann. Die Löhne haben eine gewisse Grenze, und die Leute sind gezwungen, für unentbehrliche Dinge, wie Lebensmittel, mehr auszugeben und werden sich deshalb in Bezug auf das Entbehrliche einschränken. Sie treten weniger als Käufer auf den Markt. Das wird sich bald bemerklich machen. Auf der einen Seite also Verminderung der Nachfrage, auf der anderen Seite erhöhte Produktion durch Ausdehnung der Unternehmungen. Die Folge ist eine rapide Preissteigerung. Ich will nicht sagen, daß es so kommen muß. Die wirthschaftlichen Bedingungen lassen sich nicht durch mathematische Formeln berechnen. Sie sind Produkte verschiedener Kräfte. Aber das wird Niemand leugnen, daß gerade in der Zollpolitik ein Moment der Gefahr liegt. Ich halte es darum für nützlich, wenn die Industrie selbst daran gemahnt wird, künftig mehr als bisher mit der ausländischen Konkurrenz zu rechnen, damit sie die Preissteigerung nicht zu weit treiben soll, und ich meine, daß wenn ernstlicher Wille vorhanden ist, man mit den Zollreformen den Anfang machen kann. Es wäre viel gewonnen, wenn wenigstens darüber bestimmte, feste Ankündigungen erfolgten. Aber man wird vergeblich hoffen, daß von Seiten der nationalliberalen Partei hierin ein Druck auf die Regierung ausgeübt wird.

Im letzten Theil seiner Rede hat Herr Bennigsen gegenüber den Betrachtungen Bebels über die Unzufriedenheit im Lande seinerseits die Zufriedenheit im Lande geschildert. Es war aber deshalb schon eigenthümlich, daß Herr v. Bennigsen sich bei seiner Schilderung der Zufriedenheit in Deutschland hauptsächlich auf das Ausland berief. Warum sollen die Ausländer besonders kompetent sein, hierüber zu urtheilen. Sie tragen zu unseren Steuerlasten, Militär- und Finanzlasten nur einen verschwindend geringen Theil bei. Sie unterliegen nicht unserer inneren Gesetzgebung, sie haben nur Vortheile davon, daß nach den beiden glücklichen Kriegen das Ansehen Deutschlands sich erhöht hat. Deshalb ist es zu entschuldigen, wenn im Ausland einseitige Urtheile über das Inland laut werden. Ich will zugeben, daß es in Deutschland eine kleine gut situirte Partei giebt, die alle Ursache hat, mit den gegenwärtigen Verhältnissen zufrieden zu sein. Dieselbe, deren Söhnen und Vettern alle öffentlichen Aemter leicht zugänglich sind deren gewerbliche Interessen geschützt und privilegirt werden, mögen sie Gutsbesitzer, Zuckerinteressenten und Weinbauer sein, diese Kreise haben alle Ursache, aber wo ist Zufriedenheit sonst? Will man dieselbe etwa finden in den lärmenden Kundgebungen bei diesen oder jenen Festlichkeiten? So mancher Patriot steht bei Seite und bedauert im Stillen, daß solche Festlichkeiten nicht in solcher Einfachheit und Würde begangen werden, wie es noch vor einiger Zeit der Fall war.

Herr v. Bennigsen sagt dann: wir fühlen uns in unseren Hoffnungen getäuscht. Jawohl, wir haben Ursache, uns in Hoffnungen enttäuscht zu fühlen. Aber sind das nicht dieselben Hoffnungen, die Herr v. Bennigsen früher mit uns gehegt hat? Als ich vor 22 Jahren im konstituirenden norddeutschen Bundestag Herrn v. Bennigsen zuerst kennen lernte, welche Hoffnungen knüpften sich damals an die innere einheitliche Gestaltung Deutschlands! Der ganze Verfassungskampf, der ganze Unterschied zwischen Fortschrittspartei und nationalliberaler Partei befand sich schon wesentlich darin, daß die einen die Hoffnung auf eine weitere freiheitliche Gestaltung für selbstverständlicher hielten als wir. Haben wir nun die politischen Freiheiten, deren Erlangung damals in Aussicht gestellt wurde? Wirthschaftliche Freiheiten sind allerdings realisirt worden, wie die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit. Aber die Hoffnungen auf weitere Freiheiten sind rückgängig gemacht worden dadurch, daß in der Folgezeit, was früher für selbstverständlich galt, zurückrevidirt wurde. Man hat die Gewerbefreiheit beschränkt, die Koalitionsfreiheit thatsächlich in Frage gestellt. Gerade aus nationalliberalen Reihen werden Anregungen auf weitere Einschränkungen der Koalitionsfreiheit und der Freizügigkeit gegeben. Damals galt die Gleichberechtigung der Konfession als selbstverständlich; theoretisch gilt das auch heute noch. Thatsächlich wird Herr v. Bennigsen nicht leugnen, daß den Juden große Klassen im Amts- und Staatsdienst unzugänglich sind, so gut wie verschlossen sind, und die antisemitische Hetzerei erfreut sich einer Patronage von einflußreicher Seite, wie man das früher nicht für möglich gehalten hat.

Im Jahre 1869 hoffte die nationalliberale Partei schon auf eine Reform der Landgemeindeordnung, und heute stehen wir noch denselben wirren und wüsten Verhältnissen gegenüber wie damals. Auch heute noch behelfen wir uns mit der mangelhaften Städteordnung aus der Manteuffelschen Zeit. Ebensowenig ist ein Unterrichtsgesetz erschienen. Das Schulwesen ist nach wie vor der Diskretion des Kultusministers unterstellt. Die konfessionelle Richtung in der Volksschule nimmt wieder überhand. Wer hätte eine solche Stagnation jeder gesetzgeberischen Reform in Preußen für möglich gehalten? Und wie stehts mit der Kirche? Wo sind heute die Hoffnungen, die Herr v. Bennigsen bei Beginn der sogenannten Kulturkampfaera hegte? Welche Hoffnungen knüpften er und seine Freunde an den Erlaß der Synodalverfassung. Nicht einmal die freie Predigerwahl ist gesichert, die Hierarchie tritt auf evangelischer Seite heute selbstbewußter auf, wie je, weil sie wohl

merkt, wie man von oben her mehr als je ein gewisses äußerliches Kirchenwesen pflegt und alle Bestrebungen aller Vereine, die mit dem Namen Stöcker verbunden sind, finden von oben her eine Patronage, welche sogar Namen in den Dienst solcher Vereinigungen stellt, von denen früher Niemand geglaubt hätte, daß sie mit Herrn Stöcker zusammengehen könnten.

Und dann erinnere ich an die Majestätsbeleidigungsprozesse der letzten Zeit, die geführt sind wahrlich gegen das öffentliche Rechtsgefühl, an die Prozesse wegen Bismarckbeleidigung, dann an die politischen Tendenzprozesse, bei denen eingestandener Maßen nicht der Zweck war, das Recht zur Geltung zu bringen, sondern politische Nebenzwecke. Sie sind ja fruchtlos verlaufen, aber zur Vermehrung des Ansehens unserer Justiz und zur Erhöhung der Zufriedenheit im Volke haben sie gewiß nicht beigetragen. ⅞ der Presse wird mit aller Macht in den Dienst der Regierung gezogen, und von dieser Seite wird Alles verdächtigt, was sich erlaubt, anderer Meinung zu sein, als wie sie der Fürst Bismarck im Augenblick vertritt. Selbst der höchste Beamte, selbst der Chef des Generalstabes ist nicht sicher vor Anfeindungen.

Die Grundlage ehrlichen politischen Lebens in der Oeffentlichkeit soll die Gleichberechtigung aller Parteien sein. Aber selbst in unbesoldete Ehrenämter hinein werden Leute nicht gelassen nur, weil sie ihre freisinnigen Anschauungen bethätigen. Die Vertheidigung des Vaterlandes soll eine gemeinsame Ehrenpflicht aller Bürger sein, aber wer freisinnigen Anschauungen huldigt, wird trotzdem nicht Reserve-Offizier. In allen Beziehungen, wo Verwaltungsbehörden ein diskretionäres Ermessen haben, ist die Gefahr vorhanden, daß die Sache nicht ohne Ansehen einer Partei gehandhabt wird. sondern daß man weiter kommt, wenn man sich zu den Ideen bekennt, welche gerade der Reichskanzler vertritt. Herrn von Puttkamer sind wir los, aber das System ist dasselbe geblieben, derselbe Faden, nur eine andere Nummer und mit dem Unterschied, daß Herr v. Bennigsen jetzt mit ein Vollstreckungsorgan dieser Partei geworden ist. Nach wie vor sehen wir, daß die Wahlen eine Machtprobe der jeweiligen Regierung sind. Das Schlimmste habe ich noch gar nicht berührt, das Sozialistengesetz, dessen Handhabung demnächst besprochen werden wird.

Herrn v. Kardorff hat es gestern schmerzlich berührt, daß in irgend einer Formel in Reuß der Name des Kaisers ausgelassen war. Das ist gewiß nicht schön, aber geradezu unerhört ist es, wenn die Standarte des Kaisers, die nur nach außen hin dem ganzen Volk vorangetragen werden soll, in den Kampf politischer Parteien hineingetragen wird, möge das eine einzelne Partei sein oder eine Gruppe von Parteien, das Kartell, welches sich herausnimmt, sein politisches Parteiprogramm mit der kaiserlichen Standarte decken zu wollen. Unsere Hoffnungen sind allerdings in manchen Richtungen getäuscht, aber darin irrt sich Herr v. Bennigsen, verbittert sind wir darum nicht. Wir tragen keine persönliche subjektive Verbitterung in die Situation hinein. Wären wir verbittert, so würden wir uns zurückziehen von der Mitarbeit an der Gesetzgebung. Erbittert, enttäuscht in persönlichen Hoffnungen mag jemand gewesen sein, wenn er, wie Herr von Bennigsen, vor einigen Jahren sich hinter die politische Front zurückzieht, oder es mag auch persönliche Verbitterung sein, wenn jetzt Herr Miquel dieselbe Absicht haben soll. Nein, daran denken wir nicht! Wir bleiben vor der Front, wir werden nach wie vor unser Programm vertreten, wenn wir auch in mancher unserer Hoffnungen uns getäuscht sehen.

Wir wissen es: die Dinge sind verändert, und die Verhältnisse wechseln. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir selber noch bessere Zustände erleben, in denen wir mehr Zufriedenheit im Innern bekommen, als es heute der Fall ist. Aber schwerer noch als diese politische Unzufriedenheit mit den inneren Zuständen lastet auf uns eine schwere Sorge für das Reich in einer Zukunft, die vielleicht keiner von uns erlebt. Es ist das die Unzufriedenheit mit den persönlichen privaten Verhältnissen, die durch das gegenwärtige Regierungssystem geradezu groß gezogen wird. Die Aera der neuen Politik des Reichskanzlers seit mehr als 10 Jahren begann mit einem Appell an die Sonderinteressen. Man hat die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen und Gesetzen erregt. Man hat Versprechungen nach allen Seiten gemacht, man hat zuletzt mit Versprechungen sich an die Millionen zählenden Arbeiter gewendet, und das ist gerade die Gefahr einer neuen Sozialdemokratie, daß in sehr weiten Klassen, die nach Millionen zählen, das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit geschwächt ist, und daß Ansprüche an den Staat für die Zukunft hervorgerufen werden, so daß die Sozialpolitik des Reichskanzlers die eigentliche Nährmutter der Sozialdemokratie ist. Sie ist ja auch in einigen anderen Staaten verbreitet, aber ihre Eigenart in Deutschland ist ein Nebenprodukt der Staatskunst des Reichskanzlers; ohne ihn hätte sie diese Verbreitung in Deutschland nicht erreicht. Aber er hat sie falsch behandelt, von Lassalle an, bald mit Zuckerbrot, bald mit Peitsche. Je größer die Unzufriedenheit geworden ist, desto größer werden die Versprechungen der Regierung, um noch eine Mehrheit zu sich herüber zu ziehen. Aber zuletzt kommt dann ein Zeitpunkt, wo diese Wechsel, die der Fürst Bismarck ausgestellt hat, eingelöst werden müssen. Wer sind die kommenden Männer, die sie einlösen können? Etwa die Kartelljugend, die nach ihm kommt? — Einer der höchsten Beamten aus dem Reichsamt des Innern hat im vorigen Jahre unser heranwachsendes Beamtenthum geschildert, wie es durch äußere Schneidigkeit den Mangel innerer Tüchtigkeit zu ergänzen trachtet. Aber das sind Erscheinungen, die Herrn v. Bennigsen keine Sorge machen. Er sieht nicht, daß die neuen Aufgaben, die das Reich sich auflädet, schwere Sorgen schaffen, ohne daß die Kräfte vorhanden sind, in Zukunft diesen Aufgaben zu begegnen. Er bleibt in seiner Bewunderung des Reichskanzlers befangen in der Beurtheilung der Zustände, und wenn etwas zur Entschuldigung des Fürsten Bismarck angeführt werden kann, so ist es, daß selbst ein Mann von so hohen Geistesgaben, wie Herr v. Bennigsen, nicht, getreu seiner früheren Ansicht, es versucht hat, den Reichskanzler von diesem Wege zurückzuhalten, sondern daß er es in erster Reihe gewesen ist, der mit immer größerer Schweigsamkeit sich gefügt hat und daher es wesentlich mitverschuldet, daß der Kanzler weiter und weiter gegangen ist auf den Bahnen, die wir für verderblich halten für die künftige Entwickelung Deutschlands. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Staatssekretär v. Bötticher: Es kam dem Herrn Vorredner wohl wesentlich darauf an, einem alt verhaltenen Groll Rechnung zu tragen, Herrn v. Bennigsen möglichst herabzusetzen, seine Politik als eine unrichtige und gefährliche hinzustellen und dadurch im Lande die Hoffnung zu mehren, daß bei den Wahlen es doch besser sei, mit der Fortschrittspartei als mit der nationalliberalen Partei zu gehen. Daß die Rede für die Etatsbehandlung keine besondere Ausbeute geliefert hat, wird man behaupten dürfen, zumal Herr Richter in der Behandlung der Etatsfragen gar keinen Unterschied gemacht hat, ob es sich um reuß'sche oder preußische oder bayerische oder Reichsangelegenheiten handelt. Aber seine Schilderungen von den Zuständen im deutschen Reiche sind denn doch derart, daß man den Eindruck hat, daß es von seiner Seite ein großes Opfer ist, wenn er in diesem tyrannischen, brutalen und knechtisch gearteten Gemeinwesen auch nur noch eine Stunde länger bleibt, (Sehr gut! rechts) — wenn man so über sein Vaterland denken und sprechen kann. wenn man solche Schilderungen entwirft, ohne daß auch das blödeste Auge die Möglichkeit sieht, wie diese Zustände etwas gebessert werden können. Alle die Zustände die er angreift, sind ja nicht bloß von den Regierenden im Lande geschaffen, sondern errichtet unter dem Beifall der geordneten Volksvertretung. Herr Richter wird schwerlich darauf rechnen können, daß diese Rede draußen im Lande irgend welchen Eindruck machen wird, dazu war sie auch viel zu lang. Der gewöhnliche Mann hat nicht Zeit genug, so lange Reden zu lesen. Wenn Sie Eindruck machen wollen, sagen sie kurz und präzise, was Sie wollen.

Es ist neuerdings ein auch in der gegnerischen Presse sehr beliebtes Mittel, es so darzustellen, als ob wir in äußerst ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnissen lebten. Die negative Handelsbilanz, die angeführt ist, kann doch nicht zum Beweise dafür dienen. Für Deutschland ist sie dadurch herbeigeführt, daß eine große Anzahl Rohstoffe in das Land eingeführt wird, die dann hier veredelt und an Werth vermehrt wieder ausgeführt werden. Die daraus resultirende negative Handelsbilanz kann doch nicht zu Ungunsten der Prosperität unsres Landes geleitet werden. Dann hat Herr Richter sich mit Schärfe über das Schweineeinfuhrverbot ausgelassen. Ja, daß eine Preissteigerung die Folge des Verbots sein würde, hat auch der Bundesrath sich gesagt, als er das Verbot plante, und wenn es dennoch beschlossen wurde, so werden eben Gründe zwingendster Natur dafür maßgebend gewesen sein. Die Ausdehnung der Maul- und Klauenseuche in Deutschland war im April d. J. geradezu schreckenerregend. Wir hatten innerhalb unsres Viehstandes einen solch ungünstigen Gesundheitszustand. Alle Maßregeln der Regierung verfingen dagegen nicht, sodaß wir ernstlich uns fragen mußten: sollen wir nicht die Quelle verstopfen, woraus uns immer von Neuem die Maul- und Klauenseuche zugeführt wird? Zwingend war für uns der zweifelfreie Beweis, daß die Seuche über die östliche Grenze massenhaft uns zugeführt wurden. Es kam uns ferner darauf an, unserer Produktion die Märkte wieder zu gewinnen. die wir im Westen hatten und die wir durch die Einfuhrverbote der britannischen und belgischen Regierung versperrt sahen. Es handelt sich dabei um außerordentliche Werthe. Allein von Schafen z. B. nach Großbritannien betrug 1888 die Einfuhr direkt von Deutschland 390601 Stück und über Hamburg-Altona 66700 und Ochsen 8821 bezw. 18781. Im Uebrigen verdanken wir die hohe Preissteigerung nicht dem Einfuhrverbot allein, sondern in ähnlicher Höhe sind die Preise in Oesterreich und in andern Ländern gestiegen. Wir sind daneben bestrebt, die heimische Schweineproduktion durch Verbilligung der Eisenbahntarife, durch Veranstaltung von Märkten u. s. w. zu heben, und wenn die deutsche Statistik ergiebt, daß wir in einem Jahre 80000 Schweine mehr aus- als eingeführt haben, so werden wir schließlich wohl im Stande sein, unabhängig vom Auslande für unsern Bedarf an Schweinen voll zu sorgen.

Nicht minder grundlos wie gegen das Einfuhrverbot ist die Agitation gegen den Getreidezoll. Wir haben vor der Einführung desselben vielfach höhere Getreidepreise gehabt wie heute. Was die Unzufriedenheit angeht, die wir in weiten Kreisen angeblich erregen, — ja, so gut wie die oberen Klassen werden wir die Arbeiter niemals stellen können. Dazu würde auch Herr Bebel nicht im Stande sein, wenn er sein Staatsideal zu verwirklichen in die Lage käme. Von einer allgemeinen Verarmung zu sprechen ist verfehlt. Denn die Einnahmen der Arbeiter haben sich im Durchschnitt gehoben. Lesen Sie nur die Berichte der Fabrikinspektoren, der Handelskammern, und die Geschäftsberichte der verschiedensten industriellen Werke. Die Behauptung, daß die arbeitenden Klassen die gegenwärtigen Lebensmittelpreise nicht tragen können, ist schon darum falsch, weil diese Preise heut niedriger sind, als sie ohne Getreidezölle in den sechziger Jahren waren, und weil andererseits die Löhne gestiegen sind. Die Darstellung des Abg. Richter ist weit entfernt, uns in unserem pflichtmäßigen und vaterländischen Bestreben zu hindern, für die intellecktuelle und materielle Wohlfahrt unseres Vaterlandes zu sorgen. (Bravo! rechts).

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.): Herr Richter hat sich weniger mit dem Etat als mit meiner Person beschäftigt. Nun habe ich von den Mitgliedern des hohen Hauses bis in die Partei des Abg. Richter hinein eine zu gute Meinung, als daß ich annehmen möchte, daß seine Ausführungen den Eindruck machen werden, den er wohl beabsichtigt hat. Ich würde also auf seine Ausführungen nicht antworten — Herrn Richter gegenüber fühle ich das Bedürfniß nicht — aber mich bestimmen zur Antwort vor dem Hause auch einige sachliche Ausführungen, die hier und da in seiner langen Rede sich finden. Er hat es nicht unterlassen können, bei der Besprechung der Reichsfinanzen der Sache eine persönliche Spitze zu geben, und er hat lange Ausführungen gemacht über Verhandlungen, die zwischen dem Reichskanzler und mir früher eingeleitet waren und dann abgebrochen sind. Und er hat über die Rückwirkung gesprochen, die das auf unsere Finanzlage gehabt hat. Ich werde mich dadurch nicht verleiten lassen, seine Darstellungen etwa im Einzelnen zu beleuchten.

Meine Stellung zu den Getreidezöllen begründet sich dadurch, daß ich die Landwirthschaft nicht so leichten Herzens behandeln kann, wie er es thut. Ich erkenne vielmehr einen Nothstand der Landwirthschaft an, der hervorgerufen ist durch den Konkurrenzkampf mit dem billiger produzirenden Ausland, dem gegenüber die Landwirthschaft allerdings eines Schutzes bedarf. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, daß die Getreidezölle in meinen Augen nicht die beste Form seien, der Landwirthschaft zu helfen.

Herr Richter will den Bedürfnissen des Reiches mit einer Reichseinkommensteuer gerecht werden; aber erstens würde die Bewilligung nicht genügen, und zweitens stand sie in dem Augenblicke, wo er und seine Freunde die Steuern anboten, gar nicht zur Verfügung. Es hätte vielmehr in den Einzelstaaten erst jahrelanger Arbeiten und der Umgestaltung aller Steuersysteme bedurft, bevor der Boden geebnet war, um die Reichseinkommensteuer überhaupt einführen zu können. Das Deckungsbedürfniß unseres Etats ist jetzt um 270 Millionen höher als vor 12 Jahren, und was Sie uns mit Ihrer Einkommensteuer bieten wollten, das waren nur 40 Millionen, und selbst dieser Versuch ist der einzigste, der von der Fortschrittspartei gemacht ist, um den Bedürfnissen des Reichshaushaltsetats gerecht zu werden. Es ist ja allerdings viel bequemer, wenn man schließlich die Ausgaben auch nicht ablehnen kann, sich der Verantwortlichkeit für die erhöhten Einnahmen, also für neue Steuern zu entziehen und diese Verantwortlichkeit anderen Parteien und der Reichsregierung zuzuschieben, die man angreifen will. Dann kann man dem Volke vorreden, wenn es nach uns ginge, so würden alle diese Steuern gar nicht nöthig sein.

Wenn Sie so große Gegner der indirekten Steuern sind, warum lassen Sie denn die indirekte Steuerquelle in Berlin ruhig weiter fließen? Wenn Herr Richter die Berliner indirekte Steuer auf Gas und Wasser in Parallele stellen will mit den Ueberschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung, so lasse ich das nicht gelten, denn die letzteren sind doch eigentlich nicht Einnahmequellen, sondern sollen dem Verkehr dienen. Die Berliner Miethssteuer ist aber unzweifelhalt eine im höchsten Grade drückende indirekte Steuer.

In Berlin sind die Herren von der freisinnigen Partei doch in der Lage, ihr Programm zu verwirklichen.

Wenn die Zustände in Deutschland so schlecht wären, wie Herr Richter es darstellt, würde es kein Mensch hier aushalten. Wir müßten alle unser Bündel schnüren und nach irgend einem Lande, das mit so vielen politischen Freiheiten ausgestattet ist, wandern. In der Hauptsache ist seit 1869 doch das, was man Liberalismus nennt, in Preußen und im Reich erfüllt. Die Landgemeindeordnung wartet allerdings noch auf ihre Erledigung und es ist wünschenswerth, daß diese nicht mehr zu lange auf sich warten läßt. Ebenso wünschenswerth sind Reformen auf dem Gebiet der Städteordnung. Aber Herr Richter kennt die außerordentlichen Schwierigkeiten dieser Fragen sehr wohl. Hätten wir nach seinem Rezept mit der Landgemeindeordnung angefangen, so wären jene großen bahnbrechenden Gesetze wie die Kreisordnung und die Provinzialordnung sicher nicht durchgeführt. (Sehr wahr! rechts und bei den N.-L.) Alle diese großartigen Reformen sind für Herrn Richter nicht vorhanden. Nun die Schulen! Der Künstler soll noch gefunden werden, der neben den anderen Aufgaben und Fortschritten der Gesetzgebung so nebenher noch die kolossale Aufgabe der Regelung der Schulgesetzgebung überwältigen könnte. Andere Länder beneiden Deutschland und Preußen um die Ordnung des Schulwesens. Wenn der Führer einer radikalen Partei (Oho und Unruhe links) — der unzufriedenen Radikalen der freisinnigen Partei — solche Darstellungen für faktisch nothwendig hält, muß sich der Reichstag das gefallen lassen und muß ich mir als Führer der liberalen Nachbarpartei gefallen lassen, daß er mir „Geschmeidigkeit" gegen den Reichskanzler vorwirft. Aber Herr Richter möge doch einmal ins Land gehen, hineinreisen in die großen Städte, Landschaften und Industriebezirke und nicht blos in Berlin. Da wird er sehen, daß ein großer Theil der Landschaften garnicht wieder zu erkennen ist gegenüber dem früheren Zustande. (Sehr wahr! rechts). Auf allen Gebieten ein vollständig neues Bild, überall die größten Fortschritte. Ueberall findet sich eine weit gesteigerte Lebenshaltung. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn Herr Richter Angesichts dieser Zustände in Deutschland als Unzufriedener von Beruf (Oho links) bleiben will, so möge er so lange warten, bis ihm Gelegenheit gegeben wird, die bessernde Hand an solche verkommenen Zustände zu legen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Unruhe links.)

Abg. Rickert (dfr.): Ich mache aufmerksam auf den Ton, den Herr v. Bennigsen anschlägt. Er ist erregt, er spricht von Unzufriedenen von Beruf, von Radikalen. Er schlägt denselben Ton an wie die Presse, die ihn früher genau so wie uns zu den Radikalen warf. Er scheint die Zeit vergessen zu haben, wo ihm die freiheitlichen Forderungen eben so hoch standen wie heute uns. Welches sind denn nun die Forderungen, welche die „radikale" Partei heute stellt und die über den Rahmen der früheren nationalliberalen Partei hinausgehen? Wir haben eine ganze Reihe Petitionen zurückgestellt, weil wir uns sagten, es lohnt nicht, diese Forderungen zu erheben. Die Unzufriedenheit, die wir heute erregen sollen, hat sie nicht ihren Ausdruck gefunden in all den Denkschriften und Flugblättern der nationalliberalen Partei, die wir bis 1880 gemeinsam verfaßt und verbreitet haben? Er ist Schritt für Schritt von diesen Forderungen zurückgewichen. Wir haben einst Schulter an Schulter gekämpft, aber jetzt erfaßt mich tiefes Bedauern, wenn ich sehe, wie ihm die Empfindlichkeit für gewisse Dinge, die wir uns erhalten haben und erhalten werden, so lange ein Athemzug in uns lebt (Bravo links) entschwunden ist, die Empfindlichkeit über die Behandlung einer Million deutscher Wähler. Herr v. Bennigsen hat in meine Rede hineingelegt, was absolut nicht darin lag, er hat genau so auch den Abg. Richter behandelt. (Abg. Richter: „Versumpft" war ein vollständig erfundener Ausdruck!) Diese Empfindlichkeit war bei Ihnen früher anders, Herr v. Bennigsen. Vergleichen Sie Ihre Rede über das Sozialistengesetz 1878. Es war eine Zeit politischer Erregung, und auch ich habe unter dem Eindruck derselben den Fehler begangen, daß ich einmal für das Sozialistengesetz gestimmt habe. Aber trotzdem hat Herr v. Bennigsen kaltes Blut genug gehabt, um die Folgen eines derartigen Gesetzes zu übersehen. Er hat die verhängnißvollen Folgen geschildert, wenn ein solches Gesetz von Dauer sein sollte. Heute, nach zehn Jahren, hat er nicht mehr diese pessimistischen Anschauungen über das Sozialistengesetz. Seine Rede war ein Vorspiel, und derselbe Ton, dieselbe Melodie klingt auch in den Spalten des Reichskanzlers wieder, und da wollen die Herren noch von Agitation auf unserer Seite reden?

Auch seine Darstellung der Frage der Landgemeindeordnung ist unrichtig. Wir haben früher uns gemeinsam mit diesen Dingen beschäftigt, und der Minister Fritz Eulenburg hat erklärt: erst die Kreisordnung, dann wird die Landgemeindeordnung sicher kommen. Sachlich neu ist seine Theorie, die Minorität verantwortlich zu machen für die Beschaffung von Bedürfnissen, bei denen sie zum Theil nicht mitgewirkt hat. 1887 sind Steuern bewilligt worden, ohne daß ein Bedürfniß nachgewiesen. Darauf ist aber Herr v. Bennigsen nicht eingegangen. Er ist jedoch nicht verantwortlich, wenn so kolossale Kornzölle, wie sie der verrückteste Agrarier nach dem Ausdruck des Fürsten Bismarck nicht vertheidigen kann, jetzt bewilligt sind.

Redner giebt hierauf statistische Nachweisungen, daß den Ausführungen des Staatssekretärs v. Boetticher entgegen die Lebensmittelpreise allerdings gestiegen sind und fährt fort: Herr v. Bennigsen hat meine Person angegriffen. Ich bin stolz darauf. Er sagt, ich wäre in einer pessimistischen Stimmung. Nun, er kennt mich zu gut, um nicht zu wissen, daß mein Optimismus unbesiegbar ist. Wäre ich Pessimist, so würde die Sehnsucht nach einem behaglichen und beschaulichen Leben mich längst dem Parlamente entfremdet haben. Seine Ausführungen sind in der Presse so gedeutet, als hätte er sagen wollen, ich wäre in meinen persönlichen Hoffnungen und Wünschen auf meine politische Karriere (Lachen rechts) — so steht es heute in den Zeitungen — getäuscht worden. Ich kann ihn als klassischen Zeugen anrufen, daß ich allerdings den Wunsch gehegt habe, ihn einmal im Ministerium zu sehen, niemals aber für mich gewünscht habe, ihm in irgend einer amtlichen Stellung als Freund zu helfen, sondern jeder weiß, daß ich den Platz, der meinem Herzen am wohlsten thut, in der Volksvertretung sehe und in der Zukunft sehen werde. Er kann Zeugniß ablegen über die Verschwörungsgeschichte von Stosch und Rickert gegen den Reichskanzler, die sich in der offiziösen Presse neulich breit machte. Alles was da gesagt ist, ist lediglich aus der Luft gegriffene Erfindung. Der Pessimismus drückt mich nicht nieder. Der Optimismus, der mich und meine Freunde aufrecht hält und erhalten wird, ist der, daß wir den festen unerschütterlichen Glauben an den Sieg der freiheitlichen Bestrebungen in Deutschland haben. Wir müßten in der That verzweifeln, wenn wir dem mächtigsten Kulturvolk der Erde zutrauten, daß es sich die freiheitlichen Güter nicht erringen und nicht vertheidigen kann. Dieser unerschütterliche Glaube ist fest in uns, und wenn Herr von Bennigsen uns räth, wir möchten, wenn wir so dächten, wie wir gesprochen haben, unser Päcklein schnüren und Deutschland den Rücken kehren — in der Vaterlandsliebe sind die „Radikalen" dem Herrn v. Bennigsen ebenbürtig und wir halten es für unsere Pflicht, je schlechter es uns geht, um so mehr auf unseren Posten zu bleiben in der festen Zuversicht, daß das deutsche Volk seine freiheitlichen Errungenschaften sich erhalten wird trotz der Rede des Herrn v. Bennigsen. (Lebhafter Beifall links.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. v. Bennigsen (nl.), er habe auf die Rede des Abg. Richter nur geantwortet, damit sein Schweigen außerhalb des Hauses nicht mißverstanden werde. Der Ton seiner Rede habe sich aus den Ausführungen des Abg. Richter ergeben.

Abg. Richter: Ich habe mich bemüht, Herrn Bennigsen so zu antworten, wie er gestern unsere Partei angegriffen hat. — Ich bedauere, dem Rath des Herrn v. Boetticher, auszuwandern, nicht Folge geben zu können. Ebenso wie die Nationalliberalen ausgewandert sind unter der Reaktionszeit Manteuffel-Westfalen, würde ich es für patriotisch halten, jetzt, wo noch so viele politische Arbeit vorliegt, dem Vaterlande den Rücken zu kehren. Im Gegentheil bleibe ich im Lande und opponire ihm (v. Boetticher) redlich. (Heiterkeit.) Ich bitte ihn zugleich um Entschuldigung, daß ich nicht diejenige Rede gehalten habe, die er erwartet hat, nämlich über das Schweineeinfuhrverbot, und daß ich ihm so nicht für seine, wie ich anerkenne, sorgfältig präparirte Rede die Vorlage gegeben. (Große Heiterkeit.)

Hierauf werden eine Reihe von Etatstiteln der Budgetkommission überwiesen, darunter das ganze Extraordinarium.

Mehrere Rechnungssachen werden der Rechnungskommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Rechenschaftsbericht über den kleinen Belagerungszustand und erste Berathung des Sozialistengesetzes.)

Schluß 4½ Uhr.

Vermischtes.

*** Der Zar auf Reisen.** Die Vorsichtsmaßregeln, welche für die Sicherheit der Person des Zaren, wenn er auf Reisen ist, getroffen werden, sind, wie „Truth" erzählt, ganz außerordentlich. Es wurde veröffentlicht, daß der Zar der Gast des deutschen Kaisers im Marmorpalast in Potsdam sein würde, und als daselbst alle Arten kostspieliger Vorbereitungen getroffen worden waren, entschied er, daß er sicherer in Berlin sein würde, und eine große Summe wurde verausgabt in den Vorkehrungen für seine Aufnahme im königlichen Schlosse. Schließlich erhielt, nur einen Tag vor der Ankunft des Kaisers, Graf Schuwalow

ein Telegramm aus Kopenhagen des Inhaltes, daß Se. Majestät in der russischen Botschaft absteigen werde, und der Depesche folgte rasch die Ankunft der kaiserlichen Handwerker, sieben an der Zahl, die dem Kaiser jetzt, wenn immer und wo immer er reist, vorausgehen. Dieselben sind zwei Zimmerleute, zwei Maurer, zwei Schlosser und ein Werkführer. Sie untersuchen höchst sorgfältig die Schornsteine, Schlösser, Fußböden, Wände und Möbel des Hauses, welches der Kaiser bewohnen soll, und seine eigenen Gemächer werden einer höchst strengen Untersuchung unterzogen. Die Schornsteine sind Gegenstände besonderer Aufmerksamkeit und jede Luftröhre, die nach einem Zimmer führt, welches der Kaiser betreten dürfte, wird oben und unten gründlich versperrt, und als ob diese Vorsichtsmaßregel nicht hinreichend wären, patrouilliren Polizeiagenten aus Petersburg Tag und Nacht auf dem Dache.

Lokales.

Posen, 1. November.

* **Reformationsfeier.** Die städtische Bürgerschule veranstaltete entsprechend dem Ministerialerlaß vom 31. Juli 1880 und der Regierungsverfügung vom 30. September 1880 heute 8 Uhr Morgens in der Aula eine Feier des Reformationsfestes. Herr Mittelschullehrer Mitzka, welcher das einleitende Gebet sprach, und darauf auch die Festrede hielt, erläuterte in längerer Rede die Verbreitung der Reformation; er erwähnte auch, daß heute der 350jährige Gedenktag des Uebertritts des Kurfürsten Joachim II. zum evangelischen Glauben in der Provinz Brandenburg festlich begangen wird, und daß heute in Spandau diesem Fürsten ein Denkmal enthüllt wird. Mit dem Absingen des Lutherliedes „Eine feste Burg" erreichte die erhebende Feier um 9 Uhr ihr Ende.

* **Allgemeiner Sprachverein.** Am Dienstag, den 5. ds. Mts. findet Abends um 8 Uhr im Saale des Herrn Dümke die Vierteljahrssitzung des hiesigen Zweigvereins des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins statt. Die geschäftlichen Mittheilungen, welche der Vorstand in besonders reicher Fülle zu machen hat, werden voraussichtlich zu ausgiebigen Erörterungen Anlaß geben über Maßnahmen zur Verbreitung des Vereins, zur Gründung neuer Zweigvereine und vor Allem auch über die fortschreitende Arbeit an den Verdeutschungsbüchern, über die Thätigkeit und die Erfolge der hiesigen Ausschüsse. Es wird die Gelegenheit geboten sein, den Verein, dessen Ziele nachgerade allgemein bekannt sein dürften, auch in seiner eigentlichen Arbeit kennen zu lernen. Darum ist auch diesmal neben dem möglichst zahlreichen Erscheinen der Mitglieder die Anwesenheit von Gästen sehr erwünscht.

* **Unfall.** Gestern Abend entzündete sich in einem im Hause Alter Markt Nr. 11 belegenen Laden das Petroleum im Bassin der Hauptlampe. Die Inhaberin des Ladens hatte die Geistesgegenwart, das Bassin sogleich herabzunehmen und auf die Straße zu werfen, wo das Petroleum bald ausbrannte, ohne irgend einen weiteren Unfall herbeizuführen.

* **Aus dem Polizeiberichte.** Verhaftet wurde gestern ein Malergehilfe, weil er auf dem Bürgersteige am Petriplatze und an der Ecke der Breslauerstraße die Passage sperrte und auf mehrmalige Aufforderung sich nicht entfernte. Verloren: Ein blauer Atlasfächer mit Nickelkette auf dem Wege vom Wilhelmsplatz nach dem Alten Markte; eine Brille mit Futteral auf dem Wege von der Schloßstraße nach der Kleinen Ritterstraße; 2 goldene Trauringe in der Kleinen Ritterstraße. Gefunden wurden gestern ein Portemonnaie mit Inhalt und ein goldener Trauring in der Dominikanerstraße.

Handel und Verkehr.

** **Berlin,** 31. Oktober. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Unbedeutende Zufuhr, Geschäft still. Wild und Geflügel. Zufuhren in Hochwild gering, Preise anziehend, Hasen knapp. Zahmes Geflügel reichlich am Markt, Preise nachgebend. Fische. Zufuhr in lebenden Fischen knapp, in Eisfischen genügend, Preise angemessen, Geschäft lebhaft. Butter. Bei reichlicher Zufuhr stilles Geschäft zu gestrigen Preisen. Käse. Unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte. Wenig verändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 56—62, IIa 48—54, IIIa 36—40, Kalbfleisch Ia 60—65, IIa 45—55, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 36—46, Schweinefleisch 57—64 Mk. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 100—110 M., Speck, ger. 75—80 M. per 50 Kilo

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,35—0,45, Rothwild per ½ Kilo 0,30—0,38, Rehwild Ia. 0,50—0,65, IIa. bis 0,45, Wildschweine 0,30—0,41 M., Hasen per Stück 2,50—3,40 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 2,50—3 50 Mk., Fasanenhennen 1,50—2,00 Mk., Krammetsvögel 0,18—0,25 M., Wildenten 1,00—1,40 Mk., Seeenten 50—75, Krickenten 30—40 M., Waldschnepfen 2,50—3,25 M., Bekassinen 0,50 bis 0,60 M., Rebhühner, junge 1,20 bis 1,55 Mk., alte 0,90—1,00 Mk. per Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, junge 2,20—3,00, Enten 1,30—2,00 Mk., Puten 2,20—3,00, Hühner alte 0,90—1,25, do. junge 0,50 bis 0,80 M., Tauben 0,40 bis 0,45 Mark per Stück.

Fische. Hechte per 50 Kilo 67—68, Zander 102, Barsche 50—60, Karpfen große — Mk., do. mittelgr — Mk., do. kleine 68, Schleie 91 Mk., Bleie 45—48 Mk., Aland 56 Mk., bunte Fische (Plötze rc.) do. 43 M., Aale, große 90 M., do. mittelgroße 75 M., do. kleine 60 M. Krebse, große, p. Schock 5—7 M., mittelgr. 1,75—3,70 M., do. kleine 10 Centimeter 0,75—1,20 Mk.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 116—118 M., IIa. 110—115, schlesische, pommersche und posensche Ia. 116,00—118,00, do. do. IIa. 110—114 M., ger. Hofbutter 108—112 M., Landbutter 85—93 M. — Eier. Hochprima Eier 3,15—3,35 Mark, Prima do. —, per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. Rosen- 1,20—1,50 M., do weiße 1,20—1,60 M. Zwiebeln 6,00—6,50 M. per 50 Kilogramm, Mohrrüben: lange per 50 Liter 1,00 Mark, Blumenkohl, per 100 Kopf 25—30 Mark, Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf 3 M., Spinat, per 50 Ltr. 1,00 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten —, M. per 50 Kilo, Kochbirnen per 50 Liter 8—10 M., Tafelbirnen div 10—20 M., Weintrauben p. 50 Kg. div., brutto mit Korb, 25—40 M., ungar. do. 10—40 M., italienische do. 35 bis 40 Mark.

** **Berlin,** 1. Novbr. [Städtischer Zentralviehhof.] (Privattelegramm der „Posener Zeitung.") Zum Verkauf standen: 410 Rinder, umgesetzt 200 Stück, Preis unverändert, 1027 Schweine, Preis 55—63 Mark, Markt nicht geräumt, 724 Kälber: Ia. 52—60 Pf., IIa. 40—50 Pf., Geschäft: langsam, 327 Hammel, umsatzlos.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 1. November. Ferdinand von Coburg reiste gestern Abend nach Sofia zurück.

Wien, 1. November. Anläßlich des Besuchs des Grafen Kalnoky in Friedrichsruh bemerkt das „Fremdenblatt", die Besprechungen beider Staatsmänner bewahrten ungeachtet gleichartiger Wiederholungen ihre ungeschwächte Tragweite in Bezug auf die Ziele des Friedensbundes. Der Besuch des Zaren in Berlin habe demselben reichliche Gelegenheit geboten, von einem Mißtrauen gegen die Zwecke der Friedensliga abzukommen. Schon in der geänderten, gerechteren Beurtheilung der Politik der verbündeten Mächte durch den Zaren sowie in der Herstellung ungetrübter freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg liege ein in hohem Maße werthvoller und für den Frieden wichtiger Erfolg. Diesem Charakter der Situation habe die deutsche Thronrede einen vernehmlichen Ausdruck verliehen. Beide Staatsmänner werden bei ihren Besprechungen gewiß nur von dem Streben beseelt sein zur Erfüllung der Hoffnungen beizutragen, welche die deutsche Thronrede ausgesprochen.

Wien, 1. November. Verschiedenen, über Absichten und Reise des Prinzen Ferdinand von Koburg verbreiteten Gerüchten gegenüber veröffentlicht die „Neue Freie Presse" den Inhalt eines Gesprächs des Prinzen mit einem ihm nahestehenden Freunde, wonach der Prinz gesagt habe, es führten ihn keine politischen Zwecke nach dem Auslande; er wünsche nur, daß Bulgarien glücklich, stark und reich werde. Nur Sofia liege im Schwerpunkt der bulgarischen Frage; die ohne Vorbereitungen unternommene Reise beweise, wie günstig die bulgarischen Verhältnisse sich gestalteten. An dem Tage, als er die Verfassung zu Tirnowa beschworen, habe er gelobt, kein anderes Interesse zu kennen, als das des bulgarischen Volkes. Seitdem sei nur eine fürstliche Stimme anerkennend laut geworden, nämlich die eines Monarchen, der selbst die edelste Verkörperung des Pflichtgefühls ist. Der Prinz könne geloben, daß er sich dieses Vertrauens immer würdig erweisen und nichts thun werde, um auf Abwegen Anerkennungen zu suchen. Ueber die Verhältnisse zur Pforte äußerte der Prinz mit großer Befriedigung, er sei überzeugt, der Sultan müsse die weitere Entwickelung Bulgariens in der bisherigen Weise wünschen. Schließlich stellte der Prinz noch in Abrede, daß er nöthig gehabt, sich mit Verwandten zu versöhnen, indem er selbständig gehandelt und niemand ihn damals zu hindern versucht habe.

Kopenhagen, 1. November. Der Finanzminister Estrup wird in dem Reichstage eine Zollvorlage einbringen, welche die Zollfreiheit für Kohlen (jetzige Zolleinträge eine Million) Kaffee, (jetzt 3 Millionen) Reis, (jetzt eine halbe Million) Thee, (jetzt 1/5 Million) Salz, (jetzt 400 000 Kronen) Thran, rohes Eis, ferner eine Zollermäßigung auf Petroleum (Mindereinnahme 800 000 Kronen), eine Zollerhöhung auf Wein, Spirituosen, Bier, Tabak, Obst, Spargel, Blumen, Spezereien, Cakes, Cacao bringt. Im Ganzen werden die Mindereinnahmen auf 3 1/2 Millionen Kronen geschätzt.

Athen, 1. November. Bei dem gestrigen Diner auf dem englischen Admiralschiff drückte der Kaiser in einem Toast auf die englische Flotte seine Befriedigung über den ihm von der Britenkönigin verliehenen Titel „Ehrenadmiral der englischen Flotte" aus.

Konstantinopel, 1. November. Der „Tarik" begrüßt die Ankunft Kaiser Wilhelms als ein glückliches Ereigniß für die Türkei; das Blatt erblickt in dem Besuche des Kaisers einen Beweis dafür, daß Deutschland die weise Politik des Sultans billige. Seit Friedrich dem Großen erfreue sich die Türkei der Sympathie Deutschlands. Der Kaiser werde mit großer Herzlichkeit empfangen werden, die Zusammenkunft der beiden Monarchen werde die guten Beziehungen zwischen den beiden Reichen befestigen. Deutschland strebe nach Aufrechterhaltung des Friedens, die Türkei verfolge dieselbe Aufgabe, indem sie strikte Neutralität beobachte.

Sofia, 1. Novbr. Der serbische Agent Body wurde beauftragt, sich auf den Posten Monastir zu begeben, bis zur Ernennung seines Nachfolgers führt Sekretär Petrovic die Geschäfte des diplomatischen Agenten. Unter den der Sobranje vorzulegenden Gesetzentwürfen ist auch eine Vorlage, betreffend den Bau einer Eisenbahn, welche Jamboli mit Slivno, Starbagora, Cipan und Philippopel verbinden soll. Die Bahn, welche schmalspurig gebaut werden soll, wird 220 Kilometer lang sein und hauptsächlich zur Ausfuhr des Getreides über Jamboli nach Burgas dienen.

Petersburg, 1. November. Anläßlich der bulgarischen Anleihe bemerkt das „Journal de St. Petersbourg", es sei erstaunt zu sehen, wie Ferdinand und Stambulow durch Verpfändung der Eisenbahnen über das Nationaleigenthum verfügen. Ihre Stellung würde aber dadurch, vom Rechtsstandpunkte aus betrachtet, nicht gewinnen, da die materielle Bürgschaft bei der Vereinbarung weder älteren Schulden noch Rücksichten internationalen Rechtes Rechnung trage. Was dabei die Betheiligten betrifft, muß man deren Muth bewundern, Geschäfte mit der unrechtmäßigen Regierung zu machen, die sich wenig um frühere Verpflichtungen kümmert.

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 1. November.

Pro 100 Kilogramm.

	feine W.		mittl. W.		ord. W.	
Weizen	18 M.	10 Pf.	17 M.	40 Pf.	16 M.	50 Pf.
Roggen	16 „	30 „	16 „	10 „	15 „	90 „
Gerste	16 „	40 „	14 „	50 „	13 „	— „
Hafer	15 „	90 „	14 „	70 „	14 „	— „
Kartoffeln	2 „	60 „	2 „	— „	— „	— „

Die Marktkommission.

Posener Wochenmarkt.

s. **Posen,** 1. November.

Des Feiertages wegen sind die Zufuhren heute ausgeblieben. Auf den öffentlichen Plätzen haben keine Märkte stattgefunden; dagegen waren in den am Viehmarkt gelegenen Gehöften und Buchten eine Anzahl Fettschweine zum Verkauf angeboten. Ferner Kälber und mehrere Stück Schlachtvieh. Die Kauflust schien äußerst rege, das Geschäft lebhaft, so daß das Angebot noch vor 9 Uhr geräumt wurde. Preise fester. Fette Landschweine, der Zentner Lebendgewicht 45 bis 47 Mark, Prima über Notiz. Ferkel und Jungschweine nicht aufgetrieben. Hammel, wie bisher. Kälber, 25 bis 28 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht. Rinder bis 22 Mark pro Zentner.

Börse zu Posen.

Posen, 1. November. [Börsenbericht.]

Spiritus behauptet. (Loko ohne Faß (50er) 50,—, (70er) 30,40.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 1. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein).

		Not. v. 31.			Not. v. 31.
Weizen matt			**Spiritus** fest		
pr. Novbr.-Dezbr.	181 50	181 75	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai 1890	190 50	191 —	v. **50 M.** loco o. F.	51 6	51 60
Roggen ruhig			„ Novbr. Dezbr.	50 50	0 30
„ Novbr.-Dezbr.	165 25	165 25			
„ April-Mai 1890	166 50	166 50	**unverst** mit Abgabe		
Rüböl fest			v. **70 M.** loco o. F.	32 10	32 20
pr. April-Mai	62 —	61 40	„ Novbr.-Dezbr.	31 20	30 90
Hafer fest			„ April-Mai 1890	32 20	32 —
pr. April-Mai 1890	155 —	154 25			

Kündig. in **Roggen** 7800 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** 60,000 Ltr.

		Not. v. 31.			Not. v. 31.
Deutsche 3½% Reichsa.	102 80	102 40	Russ. 4½% Bdkr. Pfdbr.	97 75	97 70
Konsolidirte 4% Anl.	106 75	106 70	Poln. 5% Pfandbr.	62 40	62 40
Pos. 4% Pfandbriefe	100 60	100 70	Poln. Liquid.-Pfdbr.	57 10	57 —
Pos. 3½% Pfandbr.	100 25	100 25	Ungar. 4% Goldrente	86 80	86 60
Pos. Rentenbriefe	103 80	103 90	Oestr. Kred.-Akt. (ultimo)	168 80	168 —
Oestr. Banknoten	171 25	171 20	Oestr.-Fr. Staatsb. (ultimo)	101 80	101 60
Oestr. Silberrente	73 50	73 40	Lombarden (ultimo)	55 10	53 60
Russ. Banknoten	212 40	212 40	**Fondstimmung**		
Russ. kons. Anl. 1871	— —	— —	fester		

		Not. v. 31.			Not. v. 31.
Ostpr. Südb. E. S. A.	96 90	97 —	Pos. Provinz. B. A.	117 50	117 10
Mainz Ludwigsh. dto.	127 25	127 25	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	67 —	67 30	Pos. Spritfabr. B. A.	98 —	95 50
Mekl. Franzb. Friedr.	164 25	164 —	Berl Handelsgesellsch	195 90	195 75
Warsch.-Wien. E. S. A.	191 75	186 50	Deutsche B. Akt.	173 —	173 —
Galizier E. St. Akt.	82 25	82 —	Diskonto Kommandit	239 10	239 70
Russ 4% kons. Anl. 1880	93 10	93 20	Königs- u. Laurahütte	169 90	175 10
dto. 6% Goldrente	113 90	— —	Dortm. St. Pr. La. A.	129 30	130 10
dto. zw. Orient. Anl.	65 25	65 —	Inowrazl. Steinsalz	48 75	47 50
dto. Präm.-Anl. 1866	— —	— —	Schwarzkopf	289 —	296 25
Italienische Rente	93 60	93 60	Bochumer	236 —	236 —
Rum. 6% Anl. 1880	106 50	106 40	Gruson	206 —	215 —

Nachbörse: Staatsbahn 101 80 Kredit 168 50 Diskonto-Kom. 239 50
Russische Noten 213 — (ultimo)

Stettin, den 1. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 31.			Not. v. 31.
Weizen ruhig			**Spiritus** ruhig		
Nov.-Dez. a. Usan.	180 —	180 —	**unverst.** mit Abgabe		
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	v. **50 M.** loco o. F.	50 80	50 80
April-Mai a. Usance	186 50	186 25	**unverst.** mit Abgabe		
April-Mai neue „	— —	— —	v **70 M.** loco o. F.	31 10	31 10
Roggen ruhig			pr. Novbr.-Dezbr.	30 30	— —
Nov.-Dez. a. Usan.	160 —	160 —	pr. April-Mai	31 50	31 30
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	**Rüböl** behauptet		
April-Mai a. Usance	163 25	163 50	pr. Novbr.-Dezbr.	68 —	— —
April-Mai neue „	— —	— —	pr. April-Mai	62 —	62 —
			Petroleum ruhig	12 1	12 15

Petroleum loco versteuert Usance 1½ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 31. Oktober, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm	Wind.		Wetter.		Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	754	SW	4	halb bedeckt		8
Aberdeen	752	SW	1	heiter		8
Christiansund	750	SO	4	halb bedeckt		11
Kopenhagen	761	S	1	Nebel		9
Stockholm	761	still		bedeckt		7
Haparanda	—					
Petersburg	761	NW	1	Regen		4
Moskau	763	W	1	bedeckt		2
Cork, Queenst.	760	W	2	heiter		8
Cherbourg	762	WNW	5	wolkig		10
Helder	757	SW	1	heiter		10
Sylt	758	S	2	Nebel		7
Hamburg	760	SO	2	Nebel	[1]	5
Swinemünde	762	S	3	Nebel	[2]	7
Neufahrwasser	762	S	1	Nebel		8
Memel	764	SO	3	Regen		4
Paris	762	SW	1	bedeckt		9
Münster	760	S	2	bedeckt		8
Karlsruhe	762	SW	1	Nebel		8
Wiesbaden	762	still		Nebel		7
München	762	W	1	Nebel		7
Chemnitz	763	still		wolkig	[3]	5
Berlin	763	SSO	1	wolkenlos	[4]	4
Wien	762	NW	1	Regen		10
Breslau	764	SO	1	Dunst		4
Ile d'Aix	765	NW	4	bedeckt		11
Nizza	761	SSW	4	wolkig		13
Triest	764	SO	1	bedeckt		17

[1]) Gestern Abend und Nachts dichter Nebel. [2]) Nachts Regen, Nebel. [3]) Reif, Nebel. [4]) Früh starker Nebel.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Das Minimum im Nordwesten entsendet einen Ausläufer nach dem südlichen Nordseegebiete, welcher ostwärts fortzuschreiten scheint. Bei leichter, meist südlicher Luftströmung ist das Wetter über Deutschland mild, vorwiegend trübe und nebelig; stellenweise ist etwas Regen gefallen. In Triest fielen 62 mm Regen, Klagenfurt hatte gestern Gewitter.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 31. Oktober Mittags 2,78 Meter.
„ „ 1. November Morgens 2,86 „
„ „ 1. „ Mittags 2,86 „

* **Wasserstand der Warthe.** Telegramm aus Pogorzelice vom 1. November cr.: 2,36 Meter.

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 31. Oktober Abends: 16,0 Normalkerzen.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.